



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

CDU

| Berlin: mittendrin |

30. März 2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das **neue Wahlrecht der Ampel** ist leider tatsächlich ein **Anschlag auf unsere Demokratie** und muss dringend korrigiert werden! Künftig sollen Kandidatinnen und Kandidaten, die einen Wahlkreis mit den meisten Stimmen gewinnen, nicht mehr zuverlässig in den Bundestag einziehen. **Die Ampel will Direktmandate „kapfen“**. Das schafft ein Funktionswahlrecht, das die Verankerung der Kandidaten im Wahlkreis entwertet.

Außerdem hat die Ampel die **Grundmandatsklausel gestrichen**. Profitiert hatte davon zuletzt die Linkspartei, die 2021 nur 4,9 % der Zweitstimmen erreichte, aber drei Direktmandate in Berlin und Leipzig gewann. Künftig könnten jetzt Linke und CSU gefährdet sein. **Demnächst könnte es z. B. so sein, dass ein parteiloser Einzelbewerber in München-West einen Wahlkreis mit 18,5 % knapp gewinnt und in den Bundestag einzieht. Gleichzeitig gewinnen CSU-Bewerber die anderen 45 bayrischen Wahlkreise. Die ziehen dann aber alle nicht den Bundestag ein, weil die CSU bundesweit vielleicht nur 4,9 % erreicht.** – Ein **erkennbar abwegiges und sehr absehbar verfassungswidriges Ergebnis**. – Die Ampel-Koalition hat ein Wahlrecht allein zu ihrem Vorteil und gegen das Prinzip des Wahlkreisabgeordneten beschlossen.



Zwei Wochen schnupperte **Lilli Espenhain** aus Bad Iburg als **Schülerpraktikantin** in die Arbeitswelt meines Wahlkreisbüros hinein.

Pressearbeit, Social Media, Terminplanungen - wir hoffen, dass wir Dir einen guten ersten Einblick geben konnten, liebe Lilli?! – **Wer Interesse an einem Praktikum hat - egal ob in Osnabrück oder Berlin - kann sich jederzeit gerne an mein Büro wenden!**

Presse

11. März 2023

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Union orientiert sich an SPD-Reformern

Fraktionsvize Middelberg: Deutschland muss sich wie unter Schröder, Müntefering und Steinbrück neu aufstellen

mas. BERLIN. Die CDU stellt sich nach mittlerweile 15 Oppositionsmonaten in der Finanzpolitik neu auf - und orientiert sich an drei SPD-Politikern. Natürlich nutzt Unionsfraktionsvize Mathias Middelberg die Gelegenheit des Gesprächs mit der F.A.Z., um die Ampel für verschleppte Reformen zu kritisieren. So weit ist das gewöhnlich im Berliner Betrieb. Seine Einschätzung gewinnt an Gewicht, weil der CDU-Politiker bereit ist, Aspekte der eigenen Regierungszeit kritisch zu hinterfragen. Die beiden Elemente seiner Neupositionierung bringt er auf die Formel: "Deutschland braucht wieder mutige Reformen - wie zu Schröders und Münteferings Zeiten."

Notwendig sei eine ehrliche Debatte über die ganze Breite an Herausforderungen und angesichts des schärferen internationalen Wettbewerbs. Wieso das? Seine Antwort: "Der wirtschaftliche Erfolg der letzten 15 Jahre hängt wesentlich mit Reformen zusammen, die Anfang der 2000er-Jahre eingeleitet wurden - Gerhard Schröders Agenda 2010, Franz Münteferings Rente mit 67 oder der Unternehmenssteuerreform 2008 von Peer Steinbrück." Drei Namen, drei Vorbilder, drei Sozialdemokraten - ehemals Kanzler, Arbeitsminister, Finanzminister. Middelberg ficht das nicht an. "Eine solche Kette mutiger Reformen brauchte es jetzt wieder." Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist er zuständig für Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik.

Der 58 Jahre alte Jurist wirft der Regierung vor, die Zeitenwende auszurufen, nicht aber konsequent zu handeln. Für die Verteidigung und die Abfederung der Energiepreise würden neue Schuldentöpfe außerhalb des regulären Haushalts eingerichtet. "So wird die Zeitenwende ausgelagert." Andere Probleme wie Überalterung, Migration oder Entbürokratisierung würden geschoben. Das grundlegend veränderte Zinsumfeld werde ignoriert. Dabei müsse man Aufgaben neu wichten



Für das Kanzleramt in Berlin ist ein Erweiterungsbau geplant. Die Kostenprognosen steigen und steigen. Mittlerweile wird mit 800 Millionen Euro kalkuliert. **Bundesfinanzminister Lindner hat nun vorgeschlagen, das Projekt zu stoppen. Der Bund müsse sparen. – Richtig so, Herr Minister! Lindners Kritik geht allerdings am Kern des Problems vorbei. Wenn die Ampel bei sich selbst sparen will, dann sollte sie vor allem beim gerade reichlich und unnötig aufblähten Personalapparat in den Ministerien sparen.** Keine Regierung zuvor hat so viele neue top-besoldete Spitzenbeamte eingestellt. Noch nie gab es so viele Parlamentarische Staatssekretäre (37) und Regierungsbeauftragte (46). Ein Parlamentarischer Staatssekretär allein kostet mit Mitarbeitern und Sachmitteln rund 500.000 Euro jedes Jahr. **Der effektivste Sparbeitrag wäre ein stringenter Abbau von Spitzenstellen in den Ampel-Ministerien.**

Wahlkreis-Konferenz 2023

Eineinhalb Jahre Ampel - Was sind unsere Alternativen?

Anmeldung bis 19. Juni
mathias.middelberg.wk@bundestag.de
 oder Telefon 0541-57 067

Spargelbuffet
21,90 Euro
pro Person

Montag, 26. Juni 2023, 18.30 Uhr

Spargelhof Hawighorst, Brockhauser Straße 24, 49134 Wallenhorst

Frohe Osterfeiertage und herzliche Grüße

Mathias Middelberg

und Mittel im Haushalt umschichten.
(...)

Nach Ansicht des CDU-Politikers muss die Koalition auf drei Feldern aktiv werden. Sein erster Punkt betrifft die Sozialversicherungen. Die Herausforderungen in der Alterssicherung, Krankenversicherung und Pflege verschärfen sich in wenigen Jahren mit dem Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge dramatisch. Auch hier ist er zu Selbstkritik bereit: "Als Union haben wir das Thema in den eigenen Regierungsjahren verschleppt, und schon jetzt wandert jeder vierte Euro aus dem Bundeshaushalt direkt in die Rentenkasse." Der richtige Ansatz Aktienrente werde das Problem bestenfalls mildern. Als zweiten Punkt nennt er die Migration. Deutschland brauche diese, aber anders. "So ungesteuert, wie sie gegenwärtig abläuft, aber ist das kein Erfolgsmodell." Middelberg zitiert die staatliche Förderbank KfW mit der Einschätzung, Flüchtlingszuwanderung sei "eine wirtschaftlich ineffiziente Art der Arbeitskräftegewinnung". Von der Gruppe der Syrer etwa seien erst 33 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 55 Prozent bezögen Hartz-Leistungen. "Wir müssten uns viel mehr anstrengen, diese Menschen, die zum Teil schon seit Jahren in Deutschland leben, in Arbeit zu bringen." Dritte Aufgabe ist nach Middelbergs Auflistung die Entbürokratisierung. "Auch da haben wir als Union sehr viel liegen lassen." Die Ampel verspreche dies - und baue in der Spitze der öffentlichen Verwaltung Personal auf wie keine Regierung vor ihr. "Noch nie gab es in einer Bundesregierung so viele hoch dotierte Parlamentarische Staatssekretäre (37) und noch nie so viele Regierungsbeauftragte (46)." Die Digitalisierung sei eine Chance, den öffentlichen Sektor zu verschlanken.

Autor: Manfred Schäfers

🕒 Bürgergespräch

Das nächste **Bürgergespräch** findet am **Donnerstag, 13. April 2023, 14 bis 16 Uhr** statt. Anmeldung bitte unter Telefon 0541-57067.

📞 Kontakt

Berlin
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Tel: 030 227 71382
mathias.middelberg@bundestag.de

Wahlkreis

Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück
 Tel.: 0541 57067
mathias.middelberg.wk@bundestag.de

Homepage | Social Media

mathias-middelberg.de
facebook.com/mathias.middelberg